



Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

JAHRGANG 1985

HANNOVER, DEN 10. JANUAR 1985

NR. 2

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

- Hinweis auf die Verkündung der 1. Änderungsverordnung der Verordnung zum Schutze
des Landschaftsteiles „Wietzel, Landschaftsschutzgebiet Nr. 12 10
4. Satzung zur Änderung der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes
Landkreis Hannover-West 10

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt Burgdorf

- Festsetzung der Grundsteuer 1985 in der Stadt Burgdorf 10

2. Gemeinde Isernhagen

- Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung für einen Bereich westlich der
Burgwedeler Straße, Ortschaft Isernhagen HB 10

3. Stadt Lehrte

- Satzung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit für die Stadt Lehrte 11

4. Stadt Pattensen

- Bebauungsplan Nr. 134 a, Auf der Burg, OT Pattensen 13

5. Stadt Seelze

3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Seelze 14
- Bekanntmachung nach § 6 Abs. 6 Bundesbaugesetz (BBauG) 14

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Zweckverband Volkshochschule Ostkreis Hannover

- Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1985 15

§ 9
Erlöschen des Entschädigungsanspruchs

- (1) Ist ein Ratsmitglied länger als zwei Kalendermonate an der Ausübung seines Mandats gehindert, so entfällt für die weitere Zeit der Verhinderung der Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung.
- (2) Die Ansprüche nach dieser Satzung erlöschen bei Sitzverlust, Ruhen der Zugehörigkeit zum Rat und für die Dauer des Ausschlusses (§§ 37, 38 und 44 Abs. 3 NGO).

§ 10
Fälligkeit

Die aus dieser Satzung entstehenden Entschädigungsansprüche werden alle zwei Monate nachträglich gezahlt.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit für die Stadt Lehrte vom 20.12.1978 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 20.12.1982 außer Kraft.

Lehrte, den 19.12.1984

STADT LEHRTE

Schmezko
Bürgermeister

L.S.

Dr. Saipa
Stadtdirektor

4. Stadt Pattensen

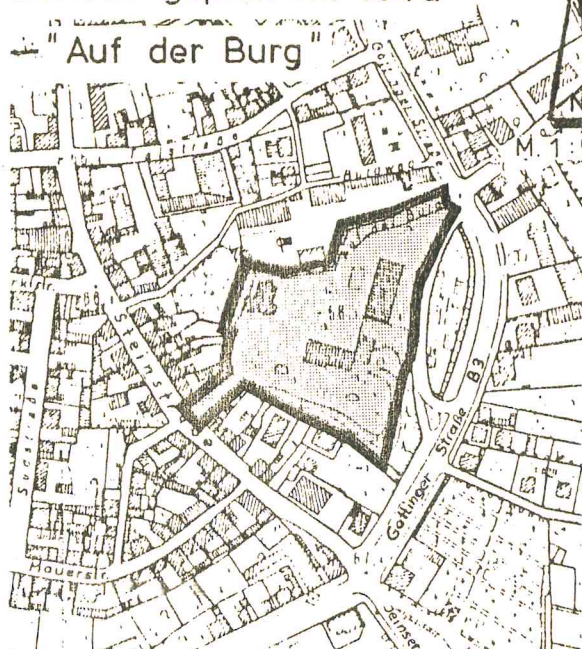
Bebauungsplan Nr. 134 a, Auf der Burg, OT Pattensen

Dieser Bebauungsplan ist vom Landkreis Hannover mit Verfügung vom 14.12.1984, Az.: 606172-12/5-134 a, mit einer zwischenzeitlich erfüllten Auflage, genehmigt worden. Die Auflage lautet:

Die Begründung ist entsprechend dem Schreiben der Stadt vom 05.12.1984 um die dargelegten städtebaulichen Gründe, die dem Ausschluß nach § 1 Absatz 9 BauNVO rechtfertigen, zu ergänzen.

Der aus dem nachstehenden Lageplan 1 : 5000 ersichtliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes erfaßt das postalisch benannte derzeitige Grundstück Auf der Burg 1-2 sowie die diesem Grundstück zugeordnete Parkanlage.

Bebauungsplan Nr. 134 a



Vervielfältigungserlaubnis erteilt am 25.2.1980

durch das Katasteramt Hannover

AZ.: AI 82/80

Der Bebauungsplan wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich und liegt zusammen mit seiner Begründung im Planungsamt der Stadtverwaltung Pattensen im Verwaltungsnebengebäude, Marienstraße 2, während der Sprechzeiten, montags bis freitags von 0.900 bis 11.30 Uhr und zusätzlich donnerstags von 16.00 bis 18.00 Uhr, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Gemäß den §§ 155 a Abs. 4 und 44 c Abs. 3 des Bundesbaugesetzes verweise ich auf die Bestimmungen dieses Gesetzes in den §§ 155 a Abs. 1 u. 3 sowie 44 c Abs. 1 u. 2. Danach ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes nach diesem Gesetz unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Dieses gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung des Bebauungsplanes.

Es kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den §§ 39 j (Vertrauensschaden), 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten), 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzung) und 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) des Bundesbaugesetzes bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruchs kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird. Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genann-

ten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 21.12.1984

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker

5. Stadt Seelze

3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Seelze

Aufgrund der §§ 6, 7 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung in der Neufassung vom 22. Juni 1982 (Nieders. GVBl. S. 229) hat der Rat der Stadt Seelze in seiner Sitzung am 18.10.1984 folgende Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Im § 5 (Verwaltungsausschuß) erhält Absatz 1 folgende Fassung:

Der Verwaltungsausschuß besteht aus

dem Ratsvorsitzenden,
den Beigeordneten,
den Mitgliedern nach § 51 Abs. 4 NGO und
dem Stadtdirektor.

§ 2

§ 6 (bisher: Beamte auf Zeit) erhält folgende Fassung:

Vertretung des Stadtdirektors

Der Rat beauftragt einen Beamten der Stadt mit der allgemeinen Vertretung des Stadtdirektors.

§ 3

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Seelze, den 05.12.1984

STADT SEELZE

Harmening
Bürgermeister

L.S.

Köhne
Stadtdirektor

Genehmigung

Die vorstehende „Dritte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Seelze“ vom 5.12.1984 wird hiermit gemäß § 7 Abs. 2 i.V.m. § 6 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der zur Zeit geltenden Fassung genehmigt.

Hannover, den 17. Dezember 1984
- 15/15 11 00/1 (14) -

LANDKREIS HANNOVER
Der Oberkreisdirektor
In Vertretung
Gresbrand

L.S.

Vorstehende Änderungssatzung nebst Genehmigungsvermerk wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Seelze, 27. Dezember 1984

STADT SEELZE
Der Stadtdirektor
In Vertretung
Quednau

Bekanntmachung nach § 6 Abs. 6 Bundesbaugesetz (BBauG)

Die Bezirksregierung Hannover hat mit Verfügung vom 27.12.1984 - Az.: 309.6-21102.2-53/84 - nach § 6 BBauG den von der Genehmigung vom 25.11.1981 unter Nr. 3 ausgenommenen räumlichen Teil des Flächennutzungsplanes genehmigt.

Auflagen und Maßgaben wurden hierbei nicht erteilt.

Begrenzung des Plangebietes:

Der räumliche Teilbereich umfaßt einen Teil des Flurstücks 17/3 nordöstlich der Mechthildstraße von der südlichen Umgrenzungslinie für Flächen mit „wasserrechtlichen Festsetzungen“ nach Norden bis zur Abgrenzungslinie für Aufschüttungen und von den Ostgrenzen der Flurstücke 8/6 und 7 nach Osten bis zu einem durchschnittlichen Abstand von 40 m von der Westgrenze des Flurstücks 15.

Der räumliche Geltungsbereich für diese Aufstellung des Flächennutzungsplanes (Teilbereich) für den ST Lohnde liegt in der Flur 3 der Gemarkung Lohnde.

Im übrigen ist der räumliche Geltungsbereich in nachstehender Skizze durch Blockmarkierung dargestellt.

